

# GRAPHISCHE

Nr. 31 37. Jg.

# PRESSSE

8. Aug. 1924

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsassstraße 86-88 III Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitteilungen sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. Zuschriften an die Expedition erbeten.

### Schützt die deutsche Republik!

Am 11. August vor fünf Jahren beendete die deutsche Nationalversammlung ihre Verfassungsberatungen und schuf die Verfassung von Weimar, die Deutschland zur Republik erklärte und dem Reich eine Grundlage gab, die die freihetlichste der Welt sein soll.

Fünf lange, mit schwerem Leid für die Arbeiterschaft verknüpfte Jahre sind inzwischen ins Land gegangen, und nur wenig ist von dem, für das die Verfassung von Weimar die notwendigen Ausführungsgesetze vorsieht, in Erfüllung gegangen. Dagegen hat sich ein Widerstand gegen die Republik und gegen die Verfassung bemerkbar gemacht, der lediglich nur zeigt, wie gut die Reaktion infolge nicht genügenden Widerstandes bürgerlich-republikanischer Kreise marschieren konnte. Bildete die Arbeiterschaft nicht einen Schutzwall der Republik, dann hätten die Stahlhelmeleute trotz ihrer Zersplitterung in viele Organisationen der republikanischen deutschen Verfassung schon längst ein schnelles Ende bereitet und der alten Diktatur Tür und Tor geöffnet.

Die deutsche Arbeiterschaft tat gut daran, mannhaft für den Schutz der deutschen Republik einzutreten! Und ihre Pflicht ist es, auch fernerhin ihre ganze Kraft für die Erhaltung der Republik einzusetzen! Entspricht auch die Verfassung von Weimar nicht den berechtigten Wünschen und Forderungen der deutschen Arbeiterschaft und bleibt zu verbessern reichlich genug übrig, so ist trotz alledem der republikanische Kampfboden für die Ziele der Arbeiterklasse doch ein weit besserer.

Gerade die Tatsache, daß die republikanische Staatsform der aufsteigenden Klasse die bessere Möglichkeit bietet die sie tragenden Ideen in Wirklichkeit zu verwandeln, ist der Urgrund aller

Rückschrittler, unter Anwendung aller Mittel dieser Staatsform den Garaus zu machen. Das Geschimpfe auf die „Judenrepublik“ und was sich sonst noch im bunten Gewimmel der politischen Tagesereignisse zeigt, verdeckt diesen Urgrund nur sehr mangelhaft. Aber die verbissene Wut, mit der die Dreckschleudern der Reaktion gegen die Republik in Bewegung gesetzt werden, läßt erkennen, daß man sich im Lager der reaktionären nationalistischen Phrase durchaus darüber klar ist, daß der politischen Demokratie die wirtschaftliche folgen muß, deren Endentwicklung die Aufrichtung der Gemeinwirtschaft nur sein kann. Das aber ist der Punkt, an dem sich die Geister scheiden. Hier sind auch die Gründe zu finden, warum die Geldschränke der Großindustrie sofort aufspringen, sobald sich die ausgesprochenen Gegner der Republik melden. Der Kampf um die deutsche Republik ist deshalb ein Teil jenes großen Kampfes, den die Arbeiterklasse schon seit Jahrzehnten bewußt führt, ist ein Teil des großen Kampfes um Menschenrecht und Menschenglück, ist ein Teil des Kampfes um den Sozialismus.

Diesen Kampf mit allem Nachdruck unter Beachtung der Kampflage zu führen, ist die historische Aufgabe der Arbeiterklasse. Da die republikanische Staatsform und Staatsverfassung der bessere Kampfboden für den Sprung aus dem Zufälligen in das Zweckmäßige und das Reich des bewußt Gewollten ist, gibt es alle Kraft für die Erhaltung und bessere Vorrichtung dieses Kampfbodens einzusetzen. Am Tage der fünften Wiederkehr der Geburt der deutschen republikanischen Reichsverfassung kann es deshalb gar nichts anderes als die Mahnung geben:

Schützt die deutsche Republik!

### Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

II.

#### 2. Annahme oder Ablehnung?

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufigen Lösungen wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vereinbart hatte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösungen wählen. Die Wahl steht aber gar nicht mehr Dawes oder Rathenau, sondern Dawes oder Micum-System. Und nachdem dieses unglückselige, der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftig Urteilenden eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf abschbare Zeit kostet es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Drucksystem unter der Ruhrbesetzung, das außerdem Deutschland wirtschaftlich zerspaltet. Für die deutsche Arbeitnehmerschaft im besonderen ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Micum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprovinzen auf sie und ihren Lohn diese Last weitgehend mit abgewälzt haben und weiter abzuwälzen versuchen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Rohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwerstens geschädigt werden. Das Micum-System erzwingt neben anderen Umständen zu hohe Warenpreise in Deutschland, diese drücken die Ausfuhrmöglichkeit und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöht damit die Nachfrage nach Devisen. Deshalb bedroht das Micum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Inflation die Arbeitnehmerschaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Graßmann vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. Das Sachverständigen-Gutachten ablehnen, bedeutet vielleicht völkische, aber jedenfalls nicht vernünftige und erst recht nicht nationale Politik. Es annehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf schleunigste Erreichung einer besseren Lösung, die durchaus möglich erscheint. Und die Annahme be-

deutet erst recht nicht den Verzicht auf gerechtere Verteilung der Lasten in Deutschland selbst, als sie nach dem Schema des Sachverständigen-Gutachtens, das hier gerade die wichtigsten Wege noch offen läßt, sich hier automatisch zu ergeben scheint. Die Last steht nun fest. Das äußere Ziel muß sein, solche Formen zu finden, die sie möglichst zweckmäßig und schnell abbürdet, das innere aber: die Lasten nicht wieder einseitig auf die Lebenshaltung der breiten Masse abzuwälzen, wie es die bisherige Politik der Inflation in so unendlich leidvoller und bitterer Weise getan hat.

#### 3. Wirkungen der Annahme des Gutachtens.

Aller Voraussicht nach wird die Annahme des Gutachtens schon recht bald gegenüber der heutigen Lage wesentliche Besserungen in der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, wenn auch diese Besserungen nicht das von manchen erträumte Ausmaß erreichen, nicht einmal dasjenige, das eine geradlinige Fortführung der Politik Wirth-Rathenau zur Folge gehabt hätte. Insbesondere wird die Ein- und Durchführung einer echten Goldwährung gegenüber der jetzigen Behelfswährung eine weit größere Sicherung vor neuer Inflation bedeuten und damit der gesamten Wirtschaft erst wieder den Boden für eine gesunde dauerhafte Weiterentwicklung geben. Darüber hinaus darf aber nach einer gewissen Übergangszeit eine wesentliche Besserung der Wirtschaft deswegen erwartet werden, weil zunächst die Micumlasten wegfallen. Es ist zwar eine zu optimistische Meinung, wenn ein Kritiker glaubt, daß nicht nur die Lasten wegfallen, sondern auch noch die 800 Millionen Goldmarkanleihe, die hereinkommend, gewissermaßen der deutschen Volkswirtschaft zufallen. Für diese 800 Millionen werden ja vielmehr auch die Kohlen- und sonstigen Sachleistungen hinausgehen, also wie bisher unserer Wirtschaft entzogen. Nur die Zahlungen dafür werden ihr nicht mehr ohne Gegenleistungen entzogen. Um diese 800 Millionen Goldmark steht sich die deutsche Wirtschaft also im ersten Jahre jedenfalls zunächst einmal besser. Sogar um einen bedeutend größeren Betrag, weil die Hemmungen, die das Micum-System über uns ganz unproduktiv verhängt hat, auch wegfallen werden, also die Zollgrenzen gegenüber dem besetzten Gebiet, die Wegnahme der Zölle und Abgaben, die Verkehrshemmungen. Zu Anfang nächsten Jahres kommt eine weitere bedeutsame Veränderung unserer Situation, die wir der Arbeit unserer Unterhändler auf der Konferenz von Genua, insbesondere derjenigen von Rathenau, verdanken. Bisher waren wir auf dem

Weltmarkt nicht gleichberechtigt. Die sogenannte „einseitige Meistbegünstigung“ des Versailler Vertrages bedeutete, daß wir allen Ententestaaten jeglichen Vorteil bei Ein- und Ausfuhr einräumen mußten, während die anderen uns gegenüber keinerlei Vorteile gewährten. Deswegen bekamen wir für unsere Ausfuhr, wie wir in Cannes berechnet haben, 20 bis 25 Prozent weniger, als der wirkliche Wert war, das ist im Jahre beinahe 1 Milliarde Goldmark, den wir dann größtenteils voraussichtlich mehr hereinholen können, oder fast 4 Prozent unseres Volkseinkommens.

Doch sei auch hier davor gewarnt, diese günstigen Wirkungen zu schnell zu erwarten. Trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens müssen wir durch eine scharfe Bereinigungskrise hindurch, weil in der unglückseligen Inflationszeit unsere Industrie- und Handelswirtschaft sich vollkommen falsch organisiert hat. Wir haben viel zu viel Betriebe in Handel und Bankwesen und viel zu viel und auch rückständige Betriebe in unserer Industrie. Eben deswegen sind wir, während unsere landwirtschaftlichen Preise unter dem Weltmarkt liegen, unsere Löhne noch recht beträchtlich darunter bleiben, mit unseren industriellen Preisen darüber, und diese viel zu vielen in der Wirtschaft kann nur eine Krise beseitigen. Je schneller sie kommt, desto besser, insbesondere auch für die Arbeiter; übrigens auch mit Rücksicht auf das Dawes-Gutachten. Die Besserung unserer Wirtschaft soll ja teilweise gemessen werden an dem Aufstieg der nächsten vier Jahre. Geht die Bereinigung zu langsam, so steht etwa als Aufstieg aus, was nur Säuberung von ganz ungesunden Parasiten in der Volkswirtschaft ist (der badische Lebensmittelhandel hat zwar weniger Ware als im Frieden, aber fünfmal so viel Großhändler gehabt. Die wollen alle von den Warenpreisen mitleben und sind doch zu vier Fünfteln mindestens überflüssig).

Darüber hinaus ist der Zustand, den der Dawes-Bericht schaffen wird, sicherlich weit besser als der jetzige unter dem Micum-System, den wir der unglückseligen Politik der Nichterfüllung nach System Stinnes-Klöckner-Havenstein verdanken, aber doch nichts weniger als ein idealer oder auch nur wünschenswerter Zustand. Deutschland im allgemeinen, die deutschen Arbeitnehmer in besonderem, haben allen Anlaß, weitgehende Verbesserungen auch am Dawes-System zu erstreben und eine zielbewußte Politik darauf einzustellen. Die hauptsächlichsten Bedenken gegenüber dem Dawes-Gutachten liegen in vier Punkten:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird zunächst bedeutend schwerer als der Dawes-Bericht annimmt.

2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkvermögens vorweg verkaufen will, ohne daß überhaupt gesagt ist, wieweil denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkvermögens überhaupt gefordert werden.

3. Recht beträchtliche Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnfrachten nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allein festgesetzt werden, und vor allem auch, daß die deutsche Zinspolitik nicht mehr in unserer eigenen Hand, sondern im Interesse der „Transferierung“ in fremde Hand geht. Darin liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.

4. Die Verteilung der Lasten, die der Bericht vornimmt, ist zunächst einmal zweifelsohne ungerecht und trifft ungleichmäßig schwer die Arbeiterschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher. Wir wollen diese Mängel untersuchen, um daraus die wirtschaftlichen Richtlinien zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparatursystems unter allgemeinen Gesichtspunkten sowohl wie insbesondere unter denjenigen der Arbeiterschaft sich zwingend ergeben.

Zu 1. Die Last ist schwerer als angenommen. Es galt bei manchen „Sachverständigen“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stets als patriotische Pflicht, die deutsche Wirtschaft als rettungslos passiv darzustellen, also als eine solche, die mehr verzehrt als sie erzeugt. Insbesondere wurde der Achtstundentag als die Ursache dieser immer weiter gehenden Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Daß diese ganze Denkweise der Wirklichkeit nicht entspricht, ist in meiner Schrift „Die deutsche Währungsfrage“ eingehend dargelegt. Auf das Ausland aber haben derartige pseudopatriotische Behauptungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der bitteren Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in Deutschland heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielleicht sogar unterernährte Unternehmer zu finden. Statt dessen sah man ausgebauten Fabriken, ein ganz leidlich wieder hergestelltes Eisenbahnsystem und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer und keine Zusammenbrüche. Daraus und auch auf Grund einzelner Mißgriffe in dem den Sachverständigen vorgelegten Material sind diese nun zu einem genau umgekehrten Schluß gekommen, nämlich, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell wieder hergestellt habe, daß die deutschen Eisenbahnen in besserem Zustand seien als die der Ententestaaten selber, und daß also die Wirtschaftskraft Deutschlands unverhältnismäßig viel größer sein müsse, als irgend jemand es bisher gesagt hat. Zwar sehen auch die Sachverständigen, daß das Mium-System uns ungeheuer schädigt, aber sie halten es für eine vorübergehende Folge der Kreditnot, was in Wirklichkeit einer weitgehenden Fälschung unserer Wirtschaft entspricht. Es liegt Anlaß zu der Vermutung vor, daß sie zwar das jetzige Volkseinkommen ziemlich niedrig einschätzen, aber der Meinung sind, daß die deutsche Wirtschaft sehr schnell wieder aufsteige, und daß sie nach etwa vier Jahren in Gold (allerdings einschließlich der Goldentwertung) beinahe das gleiche Volkseinkommen wieder erreicht haben werde, das sie vor Kriegsausbruch auch gehabt hat, trotz der Abtretung der Nahrungsprovinzen und trotz der Abtretung der Bergwerke im Sargebiet und in Oberschlesien und trotz des Verlustes der lothringischen Erzfelder. Leider haben unsere Ministerien an tatsächlichem Material solches vorgelegt, das jeden Nationalökonom auf starke Steigerung der produktiven Volkskraft schließen läßt, nämlich: Mitteilungen über verhältnismäßig schnelles Wiederanwachsen unseres Volkes. Von 1918 bis Anfang 1923 ist die Volkszahl von 59 1/2 Millionen wieder auf beinahe 64 Millionen gestiegen. Ueber raschendes Anwachsen der Erwerbstätigen: 30 Millionen hatten wir 1907, es müßten nach den Abtretungen 27 1/2 sein, ausgewiesen haben wir aber 33 Millionen. Bei steigender Volkszahl sinkende Ausfuhr an Lebensmitteln und doch nicht erhöhte Sterblichkeit, starken Wiederaufbau im Eisenbahnwesen und sogar Überschätzung der wahrscheinlichen Leistungen der Bahnen im nächsten Jahr — in den Angaben unserer eigenen Verwaltung — aus alledem machen sich Nationalökonom von dem Range eines Dawes, Stamp und ihrer Mitarbeiter ihren eigenen Vers. Nicht genügend betont wurde aber offenbar, daß das starke Anwachsen unserer Erwerbstätigen teilweise eben doch eine Folge der Verarmung von Volk und Wirtschaft gegenüber 1914 ist, daß der Wiederaufbau unserer Eisenbahnen produktive Erwerbslosenfürsorge großen Stills war, also gar nicht in dem vermuteten Maße Bereicherung, und daß in alledem obendrein noch ziemlich viel Täuschung liegt, weil in unserer Wirtschaft viel zu viel Arbeitskraft in viel zu vielen Handels- und Bankgeschäften ganz unproduktive Arbeit tut. Folglich: Daß die Bereinigungskrise, die kommen wird und an deren Ende wir noch lange nicht stehen, dieses Bild der guten Beschäftigung zunächst einmal gründlich verändern

wird, daß also die Wahrscheinlichkeit schnellen starken Wiederaufstiegs unserer Wirtschaftskraft bei weitem nicht so groß ist, wie Dawes und die Seinen es nach dem ihnen vorgelegten Material und nach dem Augenschein offenbar angenommen haben (wobei noch hinzukommt, daß die beiden Eisenbahnsachverständigen in ihrem Berichte nicht mit der gleichen ruhigen Objektivität geurteilt haben, die die sonstige Arbeit des Dawes-Komitees auszeichnet, sondern den „glänzenden“ Stand unseres Eisenbahnwesens zweifelsohne übertreiben und recht unsozial rechnen. Für das nächste Jahr wollen sie die Eisenbahnfrachten auf 150 Prozent des Friedens gesteigert haben, demnach offenbar doch auch die Preise, die Arbeiterlöhne aber nur auf 93 Prozent des Friedens, also eine recht beträchtliche Verkürzung des Reallohnes). Daraus ergibt sich folgende Schlußfolgerung: Das Dawes-Komitee berechnet die normalen Ausgaben für Reich, Staat und Gemeinden anscheinend auf etwa 6 Milliarden Goldmark, diejenigen für Reparationen auf 2 1/2 Milliarden Goldmark. Das heutige deutsche Volkseinkommen wurde ihm mit 25 Milliarden angegeben, dasjenige vor dem Kriege war etwas über 40 Milliarden. Vom heutigen Volkseinkommen, so sind die Sachverständigen überzeugt, können die Deutschen überhaupt keine Reparationen zahlen, von demjenigen in vier Jahren aber 2 1/2 Milliarden. Demnach gilt die folgende Rechnung: Die Belastung nach dem Dawes-Bericht beträgt bei einem Volkseinkommen von

25 Milliarden Goldmark	34 Prozent (heutige Annahme)
Zwischenstufen 30 Milliarden Goldmark	28 Prozent
Zwischenstufen 35 Milliarden Goldmark	23 Prozent
Normaljahr 1928/29	40 Milliarden Goldmark
21 Prozent (Annahme des Dawes-Komitees).	

Da die normale Steuerbelastung des Deutschland der Vorkriegszeit etwa 15 bis 17 Prozent des Volkseinkommens ausgemacht haben mag, so wäre in der Tat der jetzige Vorschlag, der insgesamt einschließlich Reparationen etwas über 20 Prozent bringt, nicht übermäßig — wenn eben dieses Volkseinkommen erreicht werden könnte. Aber auch wenn man die jetzige Entwertung des Geldes und die daraus hervorgehende internationale Preissteigerung als zunächst einmal dauernd zugrunde legen wollte, so wird deswegen voraussichtlich die Last schwerer werden, weil eben die Steigerung unseres Volkseinkommens erst durch eine schwere Krise hindurch und dann sehr wahrscheinlich viel langsamer erfolgen wird, als es dem Dawes-Komitee aus dem Kontrast zwischen Klagen unserer Wirtschafts-„Führer“ und der Wirklichkeit eines mutigen, unter Entbehrungen weitester Volkskreise begonnenen Aufbaues erschienen ist. Um so größer wird das Interesse an der Verteilung der Last, sowohl in zeitlicher Hinsicht, wie bezüglich der Quellen aus denen die deutsche Volkswirtschaft die Mittel erschließen soll.

Zu 2. Hätte Deutschland wie Frankreich 1870 Gold genug im Lande, um die Kriegsschuld abzutragen, so würde beiden Teilen am besten gedient sein: Deutschland würde sich mit einem Ruck seiner Last durch Goldzahlung entledigen, die Entente würde ihre eigenen Staatsschulden, Pensionen und so weiter mit diesem Golde abtragen oder finanzieren. Weil davon nie die Rede sein konnte, wurde die Schuld zunächst als eine Hypothek betrachtet, also als etwas, wovon man zuerst nur die Zinsen bezieht, das Kapital entweder aus einer sehr langfristigen Amortisation oder aber durch Veräußerung des Anspruchs an Dritte wieder flüssig macht; das letztere wäre die Privatisierung der Kriegsschuld. Das hat die Entente bereits im Jahre 1921 versucht, als sie für die 132 Milliarden des Londoner Ultimatums sogenannte „Goldbons“ ausstellte. Weil aber die Leistung von Zins und Tilgung durch Deutschland ganz unsicher war, waren diese Bons nicht unterzubringen. Das Dawes-Komitee geht einen anderen Weg: Es übergibt der Reparationskommission 11 Milliarden deutsche Eisenbahn-Obligationen und 5 Milliarden Industrie-Obligationen, zusammen 16 Milliarden Goldmark. Diese können vorweg verkauft werden. Aber die Endsumme der Schuld ist nicht festgesetzt. Von den Summen des Normaljahres bedeuten die Obligationen nicht ganz 40 Prozent. Demnach wäre der Gesamtbeitrag der deutschen Schuld auf 40 Milliarden Goldmark veranschlagt und würde bei Tilgungsraten von 1 v. H. jährlich in etwa 36 Jahren getilgt sein. Das ist aber nirgends ausdrücklich gesagt, und so besteht allerdings die Gefahr, daß bei irgendeiner Umschneidung der Meinungen zwar Teile des deutschen Volkvermögens abverkauft sind, aber die Gesamtschuld selber gar nicht endgültig festgesetzt ist. Das erschwert aber wieder außerordentlich die Kapitalisierung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so schneller zu ihrem Golde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler, zur Bescheinigung ihres Wiederaufbaues kommen: Deutschland, weil es vertragsmäßig dann die Räumung der besetzten Gebiete verlangen und auch mit einer äußersten Anstrengung sich wieder freie Bahn für seine ganze Wirtschaft schaffen kann. Nicht zum mindesten auch Freiheit in seiner ganzen Wirtschaftspolitik.

die bis dahin nicht mehr allein von ihm, sondern eben von den Kommissaren seiner Gläubiger mit bestimmt wird. (Man beachte doch dies: Als man in Cannes von Rathenau verlangte, daß der deutschen Reichsbank ein ausländischer „technischer Berater“ beigegeben würde, da lehnte dieser Erfüllungspolitiker ein solches Ansinnen als Beeinträchtigung der deutschen Souveränität schärfstens ab. Jetzt müssen wir eine größere Zahl solcher „Berater“ annehmen, und jetzt tut es der Reichsverband der Deutschen Industrie ohne Beschwerde!) Die deutschen Arbeitnehmer haben aber jetzt ein besonderes Interesse daran, daß die Reparationen bald vom privaten Kapitalmarkt übernommen und nur mehr in eine einfache Schuld verwandelt werden, deren Zinsen nicht mehr durch besondere Garantien, sondern durch die allgemeine staatliche Finanzpolitik aufgebracht werden; denn vorläufig sieht das Sachverständigen-Gutachten für die Reparationslast vor allen Dingen schwere Belastungen des Verbrauchs vor und es enthält eine indirekte nicht geringere Gefahr, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter durch die Zinspolitik, die von der Entente mitbestimmt wird, tief gehalten wird. Und obendrein: Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft hält eine Ausbreitung der Gemeinwirtschaft für dringend erwünscht. Die Verwandlung der Eisenbahn in eine Privatgesellschaft und ihre Belastung mit privaten Obligationen liegt sicherlich nicht in dieser Richtung, und die Verpflichtung der einzelnen privaten Unternehmungen zur Obligationenschuld gegenüber der Entente begünstigt dergleichen auch nicht. Auch das muß einmal deutlich gesagt werden.

## Tagung des Bundesausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuß trat am 21. Juli zu einer zweitägigen Tagung zusammen. Der Bericht des Bundesvorstandes, den Leipart erstattete, erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampflage der Gewerkschaften, sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Insbesondere wies er auf die große Bedeutung der Verhandlungen der sechsten internationalen Arbeitskonferenz in Gent über den Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens hin, die dem Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages einen neuen Impuls gaben. Die deutschen gewerkschaftlichen Erhebungen über die wirkliche Arbeitszeit in den Betrieben ließen erkennen, daß etwa ein Drittel der Betriebe länger als 8 Stunden arbeite. In vier Industrien bewegen sich die Prozentziffern der Längerarbeit der Betriebe zwischen 46 und 78 v. H. und der Personen zwischen 44 und 82 v. H. Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, das verlorene Terrain zurückzugewinnen oder wenigstens für die zugelassene Überarbeit tarifliche Überstundenzuschläge durchzusetzen. Im weiteren Bereichete er über den Abbau des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, über die Verhandlungen der beiden internationalen zum Sachverständigen Gutachten, über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Schutzzollpolitik stattgefundenen Beratungen, über den bevorstehenden internationalen Kongreß für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgehaltene Konferenz mit den Bezirkssekretären des ADGB., die sich besonders mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Neubelebung der Agitation befaßte. Besonders die letztere Frage nahm der Bundesvorstand zum Anlaß, sie den Verbandsvorständen dringend ans Herz zu legen. In den Gewerkschaftsreihen mache sich vielfach Niedergeschlagenheit, Gleichgültigkeit und Unentslossenheit geltend, die noch unter den Eindrücken der Inflation fortwirken und die Vorzeichen der bereits einsetzenden Besserung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet völlig übersehen. Die starken Verluste der Gewerkschaften seien mit auf diese Stimmung zurückzuführen, die sich leider auch zahlreicher Funktionäre bemächtigt habe. Dieser Pessimismus müsse aber überwunden werden. Es müsse das alte Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und Arbeit und zu den Erfolgen der Gewerkschaften zurückkehren, die bei energischem Rühren und zähem Ringen auch nicht ausbleiben werden. Bereits ist es zahlreichen Gewerkschaften gelungen, wieder bessere Tarifabschlüsse als in den Wintermonaten zu erreichen. Die Gewerkschaften müssen sich wieder mehr der Aufgabe widmen, das Persönlichkeitsbewußtsein der Mitglieder zu heben. In der Aussprache wurde besonders über die Beschlüsse des Genossenschaftstages in Ulm betr. das Nachbackverbot beraten. Da dem Reichstage bereits Anträge zu diesem Gegenstande vorliegen, wurde es den dem Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertretern überlassen, zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Genossenschaften nach Ausnahmen für Dreiecksbetriebe Rechnung getragen werden kann, ohne das Nachbackverbot selbst zu beeinträchtigen. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in dem sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat zurzeit befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen. Die an Stelle des ausgeschiedenen Sekretärs Genossen Wissell, vorgenommene Wahl eines Bun-

desekretärs ergab die einstimmige Wahl des Genossen Wilhelm Eggert (Metallarbeiterverband) in Stuttgart.

Über das Sachverständigen Gutachten und die Stellung der Gewerkschaften hielt Genosse Tarnow einen sehr instruktiven Vortrag. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Lasten. Wer diese mit der gegenwärtigen Belastung, besonders aus den Mietverträgen vergleiche, könne gar nicht darüber im Zweifel sein, daß die Vorschläge des Gutachtens, wohl für uns erträglicher und daher anzunehmen seien. Der Redner berichtete weiter über die Arbeiten der vom Bundesvorstand hierzu eingesetzten Kommission, deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengestellt und bis Ende des Monats im Druck vorliegen würden. Dieselbe soll allen Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Nach kurzer Aussprache wurde den Gewerkschaftsvorständen empfohlen, diese Frage eingehender in ihren Gewerkschaften zu behandeln.

Daran schloß sich der Bericht der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission über die Vorbereitung einer Volksabstimmung betr. den gesetzlichen Achtstundentag, in deren Auftrag Pletzl referierte. Die Kommission hat Sachverständige gehört und Gutachten eingefordert über die Frage, ob ein eigener Gesetzentwurf oder das Washingtoner Abkommen der Volksabstimmung zugrunde zu legen sei, und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, das letztere zu empfehlen. Die längere Aussprache, die sich hieran knüpfte, beschäftigte sich eingehend mit den Vorzügen und Mängeln beider Möglichkeiten, mit den Aussichten der bereits im Gange befindlichen parlamentarischen Aktion und mit den für die Durchführung der Volksabstimmung erforderlichen Maßnahmen.

Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, beschloß der Bundesausschuß, die dem Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission verwies der Bundesausschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme.

Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesausschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pfg. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach auf ihn entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände haben über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand zu berichten, damit dieser einer späteren Sitzung des Bundesausschusses das Ergebnis vorlegen kann.

Der Bundesvorstand erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch soweit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

An letzter Stelle berichtete Brey namens der vom Bundesausschuß in Ausführung des Leipziger Kongreßbeschlusses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission, daß diese, um einer geeigneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsausschuß eingesetzt habe. Dieser habe indes seine Arbeit infolge der allgemeinen Zeitverhältnisse, die alle Gewerkschaften mit einer Überlastung aufgaben überbürdeten, nicht erledigen können. Ein Vorwurf daraus könne niemand gemacht werden, am wenigsten dem Bundesvorstand, der vielmehr wiederholt gedrängt habe. Der Arbeitsausschuß werde am 24. und 25. September d. J. zusammenzutreten und der am 26. September tagenden Kommission seine Vorschläge unterbreiten. Leipzig unterstrich nochmals die Feststellung der Kommission, daß dem Bundesvorstand an der Verzögerung kein Vorwurf treffe, und empfahl der Kommission wenigstens solche praktische Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu machen, daß sie der nächstjährige Kongreß zum Beschluß erheben könne.

## Wiederaufnahme der verbandlichen Bildungsarbeit.

Die Aufgaben, die die Gewerkschaften in Zukunft zu lösen haben, sind von uns schon wiederholt angedeutet worden. Dabei ist auch zum Ausdruck gekommen, welche Pflichten unsere Organisation zu erfüllen hat. Nachdem durch relative Stabilisierung der deutschen Währung die Verbandsfinanzen wieder etwas in Ordnung gekommen

sind, soll nun auch die verbandliche Bildungsarbeit nach Kräften wieder aufgenommen werden. Wenn der Verbandsvorstand in seiner letzten Sitzung beschloß, die Mittel bereitzustellen, um je einem Kollegen den Besuch der Volkshochschule Tinz und der Arbeiterakademie zu Frankfurt a. M. zu ermöglichen, so ging er von der Erkenntnis aus, daß einen Teil dieser Bildungsarbeit die Heranbildung von tüchtigen Gewerkschaftsfunktionären sowie Leitern und Führer des Verbandes ausmachen muß.

Infolge dieses Beschlusses werden alle Kollegen, die in sich die Befähigung fühlen mit Erfolg die erwähnten Bildungsstätten zu besuchen, aufgefordert, sich mit ihren Ortsverwaltungen in Verbindung zu setzen. Der Verbandsvorstand hält es für unerlässlich, daß so verfahren wird, und läßt deswegen folgendes an die Kollegen ergehen:

Um die nötigen Schüler auszuwählen zu können, werden die Ortsverwaltungen aufgefordert, in ihren Kreisen Umschau nach intelligenten Kollegen zu halten, die ihr Leben der Gewerkschaftsarbeit widmen wollen. In der Regel sollen nur Teilnehmer von 24 bis 40 Jahren ausgewählt werden. Nur in ganz besonderen Fällen kann von dieser allgemeinen Norm abgewichen werden. In Betracht kommen nur Kollegen von uns, die sich bereits gewerkschaftlich betätigt haben, über eine gewisse Reife des Geistes verfügen und deren Charakterbildung die Garantie bietet, daß sie ihr Wissen, das ihnen die Allgemeinheit vermittelt, auch für die Allgemeinheit verwerten. Die Schüler müssen eine bestimmte Verpflichtung auf eine Reihe von Jahren eingehen, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaften stellen wollen, ohne dabei unter allen Umständen Anspruch auf eine Anstellung im Verband zu haben. Die Vorgeschlagnen sollen dem Verbandsvorstand bis zum 15. August eingereicht werden. Mit Namen, Alter und Adresse des Vorgeschlagnen ist Bericht zu geben über seine Schulbildung, seinen bisherigen Entwicklungsgang, den bisherigen Besuch von Lehrstätten usw. Der Verbandsvorstand wird möglichst unverheirateten Kollegen den Vorzug geben, weil die Unterhaltungskosten der Familie eine zu hohe Belastung des Verbandes würden. Es empfiehlt sich ferner, daß der vorgeschlagene Hörer einen selbstgeschriebenen Lebenslauf mit einsendet.

Der vierte Lehrgang der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main beginnt am 1. Oktober d. J. und dauert bis zum 30. Juni 1925. Für Unterkunft und Verpflegung muß jeder Hörer selbst sorgen. Die Mittel dazu will der Verbandsvorstand beschaffen. Für Wohnung wird unsere Frankfurter Mitgliedschaft sorgen. Ein preiswerter Mittag- und Abendstisch steht den Hörern im Ertrichungsraum der Universität zur Verfügung.

Der Lehrplan umfaßt folgende Vorlesungen:

1. Allgemeine und Einführungs-Vorlesungen,
2. Wirtschaft.
3. Recht.
4. Politik.
5. Soziologie und Sozialpolitik.

Der Kursus der Wirtschaftsschule in Tinz beginnt am 1. September und dauert ein viertel Jahr.

Es ist nun Aufgabe der Kollegenschaft, dem Verbandsvorstand die geeignetsten Kollegen in Vorschlag zu bringen, damit die zur Verwendung kommenden allgemeinen Mittel auch der Allgemeinheit wieder zugute kommen. Können auch nicht alle Berufenen ausgewählt werden — es können ja nur zwei Kollegen ausgewählt werden — so mögen doch alle interessierten Kollegen sich um einen Platz bewerben. Denn auch darin zeigt sich, welch geistiges Leben in unserm Verbands pulsiert. Und darauf kommt es zu guter Letzt immer an.

## Kurzarbeit und Aussetzen.

Mit der Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen ist auch das Recht der Unternehmer gefallen, unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bei Arbeitsmangel Kurzarbeit anzusetzen und nach Ablauf der Ansagefrist verkürzt arbeiten zu lassen. Daß die durch die Demobilisierungsbestimmungen den Unternehmern gegebenen Rechte zur Anordnung von Kurzarbeit sehr oft als Rechte, ein Aussetzen anzurufen ohne Einwand erheben zu können, betrachtet worden sind, zeigt, wie eng Kurzarbeit und Aussetzen zusammenhängen.

Da der Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe im § 6, Feiertagsbezahlung, eine Bestimmung enthält, die aus der Existenz der Demobilisierungsverordnungen auf Grund eines Urteils des Tarifamtes herausgewachsen war, verlangten die Gehilfen die Beseitigung dieser Tarifbestimmung, die folgenden Wortlaut hatte: „Bei Kurzarbeit werden die Feiertage anteilig entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit bezahlt, sofern die Feiertage nicht in die ersten drei Wochen der Kurzarbeit fallen.“

Die Gründe der Gehilfenvertreter für die Streichung der Tarifbestimmung waren kurz folgende:

Mit der Beseitigung der Demobilisierungsverordnung ist auch zugleich das Recht der Unternehmer auf Anordnung von Kurzarbeit verschwunden. Damit tritt der Zustand ein, daß bei Arbeitsmangel entweder Entlassungen vorgenommen werden können, sofern der Betriebsrat seine Einwilligung gibt, oder durch Kurzarbeit und Aussetzen

ein Ausgleich gesucht wird. Die Frage der Regelung eines Kräfteausgleiches bei unzureichendem Geschäftsgang ist dadurch eine reine Angelegenheit der Geschäftsleitung mit der Belegschaft geworden. In die tariflich einzugreifen infolge der verschiedenartig gelagerten Verhältnisse keine gewerbliche Pflicht vorliegt. Absicht dieser Stellungnahme war, den Unternehmern klar zu machen, daß von ihnen bei Arbeitsmangel zur Haltung der ihnen genehmen Kräfte nicht einseitig Kurzarbeit oder Aussetzen angeordnet werden kann. Dieser Ansicht ist auch der Reichsarbeitsminister, der zu diesem Gegenstand am 17. Juni 1924 unter dem Zeichen X 4147/24 folgenden Bescheid erteilte:

„Die sogenannte (Werks-)beurlaubung (Aussetzen) kann meines Erachtens nicht einseitig vom Arbeitgeber ausgesprochen werden. Wenn der Arbeitnehmer nicht einverstanden ist, kann der Arbeitgeber nur kündigen. Diese Kündigung ist hinsichtlich der Einhaltung der Kündigungsfrist, der Beachtung der Stilllegungsverordnung und des Betriebsrätegesetzes nicht anders zu beurteilen, wie jede andere Kündigung auch. Die Werksbeurlaubung kann, da sie eine Änderung des Arbeitsvertrages darstellt, nur durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung (Arbeitsordnung) oder Einzelvertrag vereinbart werden. Ob dabei eine der Kündigungsfrist entsprechende Frist eingehalten werden muß, muß durch die Vereinbarung festgestellt werden. Der Inhalt der ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung wird in der Regel der sein, daß der Arbeitsvertrag aufrecht erhalten wird, der Arbeitnehmer bis auf weiteres nicht zur Arbeit verpflichtet ist, daß der Arbeitgeber von der Pflicht zur Lohnzahlung entbunden wird, sich aber verpflichtet, bei der Wiederaufnahme der Arbeit die Werksbeurlaubten (mit der Arbeit aussetzende Personen) vor betriebsfremden Arbeitnehmern wieder zu beschäftigen, soweit nicht ausnahmsweise, z. B. wegen Aufstellung neuartiger Maschinen, die Einstellung betriebsfremder Arbeitnehmer erforderlich wird. Einer behördlichen Zustimmung gemäß den Vorschriften der Stilllegungsverordnung bedarf es zum Aussetzen nicht, wohl aber zur endgültigen Entlassung derart beurlaubter Arbeitnehmer, die auch im übrigen wie die Entlassung der nichtbeurlaubten Arbeitnehmer zu beurteilen ist. Es muß allerdings die Gewähr gegeben sein, daß durch die Beurlaubung (das Aussetzen) keine Umgehung der Stilllegungsverordnung erfolgt.“

Also auch der Reichsarbeitsminister betont, daß Kurzarbeit oder Aussetzen vereinbart werden muß. Da eine tarifliche Vereinbarung über Entlassung von Gehilfen oder Regelung der Arbeitszeit bei Arbeitsmangel nicht vorliegt, unterliegt diese Regelung der Betriebsvereinbarung, die insofern eingeschränkt ist, daß ein wirtschaftliches Bedürfnis zur Anordnung von allgemeinen Überstunden nicht vorliegt, wenn kurzgearbeitet wird oder Entlassungen von Gehilfen erfolgen. Ferner liegt eine Willenskündigung der Vertragsparteien als Protokollnoviz vor, daß die Bezahlung der Feiertage in den ersten drei Wochen von Kurzarbeit nicht anteilig erfolgen darf.

Den Betriebsvertretungen und Belegschaften ist durch die Entscheidung der einzunehmenden Haltung bei Arbeitsmangel eine schwere Verantwortung zugewachsen. Wir kennen aus Erfahrung die Schwierigkeiten, die sich sowohl ergeben wenn Entlassungen vorgenommen werden sollen, wie bei Einführung von Kurzarbeit. So sehr wir vor einer allzusehnen Zustimmung zu Kurzarbeit und Aussetzen warnen möchten, liegt auch kein Anlaß vor, schlechthin einer Entlassung von Arbeitskräften bei Arbeitsmangel das Wort zu reden, weil dadurch zu leicht eine Verletzung des Solidaritätsgeföhls möglich sein könnte. Da, wie schon betont, jeder einzelne Fall anders gelagert ist, vermögen wir den Kollegen keinen besseren Rat zu geben, als sich vor jeder Entscheidung über Kurzarbeit oder Aussetzen mit der örtlichen Organisationsleitung in Verbindung zu setzen. Nur so dürfte jeweils der beste Weg gefunden werden möglichst glimpflich über solche Zeiten hinwegzukommen.

## Die Berufsverhältnisse in Nordamerika.

Infolge der vielen uns zugehenden Schreiben aus Amerika wandten wir uns an einen, jederzeit seine Pflichten als Arbeiter erfüllenden Kollegen mit der Bitte, uns objektiv über die Lage in Amerika zur Verwendung in der „Gr.-Pr.“ zu berichten. Der nachstehende Artikel ist die Antwort auf unsere Bitte, den wir der Kollegenschaft zur Beachtung dringend empfehlen. Wir ersuchen, daß durch diese Aufklärung zukünftig keine Beschwerden der amerikanischen Kollegen mehr zu verzeichnen sein werden.

Die Schriftleitung.

Feiner Aufforderung der deutschen Berufsleitung nachkommend, sende ich den folgenden Artikel, der in seinem größeren Teil als Situationsbericht Aufschluß über die hiesigen Berufsverhältnisse gibt, und die Wirkung haben möchte, die auswanderungslustigen Kollegen vor unerlegtem Tun zu warnen.

Im weiteren muß ich als alter Gewerkschafter erklären, daß es mich im gewissen Sinne komisch berührt, organisierten Kollegen, die die Absicht haben und ausführen, nach hier zu kommen, Ratschläge geben zu sollen, was sie in beruflicher und gewerkschaftlicher Beziehung tun sollen, wenn

sie die seligen Gefilde der Vereinigten Staaten betreten haben. Für mich hat es seinerzeit nur eine Antwort darauf gegeben; und diese war und bleibt noch heute dieselbe: *Wo ist das Verbandsbureau?*

Ganz gleich, was dort für Antworten erteilt werden, ob ablehnend oder entgegenkommend, ob feindlich oder freundlich; *dorthin* hat der erste Weg zu führen!

*Der Berufsverband ist hier wie drüben trotz mancher äußerer und innerer Unterschiede die Stütze und das Rückgrat einer menschenwürdigen Existenz!*

Dort erhält jeder in der Folge notwendige und gewünschte Aufklärung, die ihn selbst und seine amerikanischen Kollegen vor falschem Tun und Schaden bewahren.

Zur Frage der Einwanderung selbst übergehend, mache ich einige Feststellungen, die auf Erfahrung beruhen und auch andre Menschen vor mir und mit mir kennen gelernt haben und die in folgendem Rat eingeschlossen und verständlich gemacht seien: Jeder Kollege, der die Absicht hat, fremdes Land als Arbeitssuchender zu betreten, muß sich klar machen, daß er von den dortigen Berufskollegen als Eindringling und unerwünschter Ausländer betrachtet und in den meisten Fällen auch als solcher behandelt wird. Wer sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hingibt, wird vor vielen Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Wohl jeder Einwanderer lernt dies kennen und auch ich habe darunter gelitten.

So unangenehm diese Tatsache ist, sie ist nicht hinweg zu leugnen. Sie besteht aber nicht nur hier; sie ist in allen Ländern zu finden, die Einwanderung haben. Auch in Deutschland kann das jeder objektiv Sehende beobachten. Diese Abneigung gegen den Fremden entspringt, wie jedem klar sein wird, der Existenzsorge und wird nicht von heute auf morgen aus der Welt geschafft sein.

Die Vereinigten Staaten sind nun von jeher das ersehnte Ziel zahlloser Auswanderer gewesen, und es steht fest, daß diese große und stetige Zuwanderung manchen Beruf gewerkschaftlich nicht zur Entwicklung kommen läßt und die Löhne dort stets tief unter dem Durchschnitt stehen. Andere Berufe werden in ihrer vorgeschrittenen Entwicklung gehemmt oder hart erkämpfte Errungenschaften gehen verloren usw. Die Arbeitgeber haben es noch immer gut verstanden, derartige Situationen rücksichtslos für ihre Vorteile auszunutzen.

Der unseligste Weltkrieg hat nun in einzelnen Ländern Situationen geschaffen, die viele Arbeiter zur Auswanderung drängen; und das Ziel der weit aus meisten sind wieder die Vereinigten Staaten. Ich persönlich verdenke es niemand, wenn er versucht, dem Hungerleben der Heimat zu entgehen; aber keiner von denen soll vergessen, daß auch hier guter Verdienst und geordnete berufliche Verhältnisse nur die Erfolge lang andauernder, harter Kämpfe sind, und daß es aller Umsicht der Führer und der Solidarität der Berufskollegen bedarf, unter normalen Verhältnissen diese Erfolge aufrecht

zu erhalten. Um wieviel schwerer ist dies möglich, wenn große Einwanderungen rücksichtslos den Arbeitgebern die Mittel in die Hände geben, diese Errungenschaften illusorisch zu machen.

Der lithographische Beruf hat einen Kampf hinter sich, der seinesgleichen sucht. Es war ein Abwehrkampf gegen eine beabsichtigte Lohnkürzung von 12 $\frac{1}{2}$  Prozent.

1921 war ein Jahr ständig steigender Geschäftsfähigkeit, an dessen Ende allein New York ein paar Hundert Verbandskollegen auf der Arbeitslosenliste standen, die durch den Ertrag einer fünfprozentigen Steuer auf den Verdienst der in Arbeit Stehenden unterstützt wurden.

Ohne nennenswerte Barmittel in der Kasse wurde dann Anfang 1922 der Verband vor die Aussperrung gestellt, die sich für viele Kollegen auf länger als ein Jahr ausdehnte. 20 Prozent vom Lohn mußten die in verbandsfreundlichen Firmen arbeitenden Kollegen zur Unterstützung der Aussperrten an die Gewerkschaftskasse abführen, eine Steuer, die langsam bis auf 5 Prozent fallend bis Ende Mai 1923 erhoben wurde. Dann wurde der monatliche Beitrag erhöht, um die noch auf der Strecke Gebliebenen zu unterstützen. Schreiber dieses hat selbst sechs Monate im Kampf gestanden und außerdem von Beginn 1921 bis Mai 1923 ziemlich 600 Dollar an Steuer und Beitrag an die Verbandskasse gezahlt. Die Absichten der Unternehmer wurden vereitelt.

Wie schwer viele Kollegen in diesem Kampf getroffen wurden, beweisen kurz folgende Zahlen: Ende 1922, also nach einjähriger Kampfdauer, standen auf der Aussperrtenliste in New York noch 200 Mann, während 317 Namen die Liste der Arbeitslosen deckte.

Zur Mitte des Jahres 1923 trat eine Besserung der Geschäftskonjunktur ein, die die Liste der außer Arbeit Stehenden auf einige 50 reduzierte; diese letzte Ziffer bezieht sich auf solche Kollegen, die noch unterstützungsberechtigt waren. Arbeitslose und Aussperrte wurden als arbeitslos auf einer Liste geführt und nach Mehrheitsbeschluß eine Unterstützungsdauer von 10 Wochen festgesetzt. Die Zahl der Ausgesteuerten um diese Zeit ist mir nicht bekannt.

Ende 1923 war die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen, um vom Februar 1924 an rapide in die Höhe zu gehen. Heute am 15. Juni haben wir in New York nach Einsichtnahme in die entsprechenden Ausweise 246 Mann aller Berufsparten außer Arbeit, wovon nur noch 97 Mann unterstützungsberechtigt sind. Es ist natürlich, daß sich diese Leute durch das Ergreifen irgend einer Arbeit aus ihrer Notlage helfen müssen, dabei sehnsüchtig auf die alte Berufsarbeit wartend.

Wenngleich nun der ungewöhnlich harte aber überstandene Kampf auch Abtrünnige zeitig hat, ist doch die Hauptmitgliedschaft mehr als je in sich gefestigt.

Die ständige Diskussion aber bleibt die Einwanderung. Ist Einwanderung an und für sich schon

nichts Frohlockendes für die hier Ansässigen, so wird dieselbe direkt verhaßt, wenn die Neuankommenden, ohne sich überhaupt um den Verband zu kümmern, in skrupelloser Weise zu Lohnrückern werden.

Lange Arbeitslosenliste der ansässigen Kollegen und lohnunterbietende Einwanderung, das reimt sich nicht zusammen. Die Jagd nach Brot soll die Vernunft nicht ganz zum Schweigen bringen.

Wenn Kollegen hierher kommen, sollen sie sich an den Verband wenden, und wenn Arbeit vorhanden ist, werden sie welche nachgewiesen bekommen. So lange aber, wie Verbandskollegen auf der Liste stehen, werden diese, von besonderen Fällen abgesehen, bevorzugt. Unterstützung zahlt der Verband nicht. Wer daher nicht gleich Stellung im Beruf findet, muß sich, wenn er nicht zum Lohnrücker werden will, als Gelegenheitsarbeiter durch die Zeit des Wartens hindurchschlagen. Ich beobachte in meiner allernächsten Nähe einen derartigen Fall: Ein Anfang Dezember vorigen Jahres herüber gekommener Kollege — Umdrucker — tüchtig und langjährig erfahren, befindet sich trotz eifrigster Bemühung und regster Unterstützung meinerseits noch heute ohne Berufsarbeit. Unsolldarisch will er nicht handeln und so sucht er durch außerberufliche Tätigkeit durchzuhalten.

Sehr, sehr wenige denken und handeln in gleicher Weise. Ich habe manchem beigestanden und habe beim Verbandsvorstand Verständnis für die Situation der Kollegen und Arbeiter in Deutschland gesucht und auch gefunden. Wenn ich aber um Entschuldigung für diese oder jene unkollegiale Handlung eingewandeter Kollegen ersuchte oder trotz der wenig ermutigenden Situation hier um Stellung für einen Kollegen anging, dann wurde mir in freundschaftlichster Art vom Vorsitzenden erwidert: Wir wissen das alles; wir verstehen es; es ist unerfreulich; aber unsere eigenen Leute gehen nun mal vor. Das verlangen sie! Und die Neuangekommene? Haben wir sie gerufen, daß wir die Verantwortung wahllos übernehmen müssen?

Mit diesen Zeilen habe ich nun versucht, den deutschen Kollegen ein Bild der hiesigen Verhältnisse zu geben. Sie können leicht daraus die notwendigen Schlüsse für ihr Handeln ziehen. Meines Erachtens brauchte es eine ausführliche Schilderung der Situation, um die Frage, was ein Neuankömmling zu tun hat, um vorwurfslos in gewerkschaftlicher Beziehung Stellung zu finden, zu beantworten.

Andererseits hatte ich dabei im Sinne, psychologische Stimmung und Gegenstimmung zu erklären. Ich werde stets bemüht sein, für die Not auf der einen Seite um Hilfe bei der anderen Seite einzustehen. Es ist dabei schwer, alle Gegensätze zu überbrücken. Mag es gelingen!

## Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben

**Preis monatlich 40 Pfennige**

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 514, Inselstraße 6

Wir suchen für sofort einen erfahrenen

## Tiefdruck-Ätzer und einen tüchtigen Retuscheur

der gleichzeitig die Reproduktions-Photographie im Tiefdruckwesen beherrscht. Angebote mit Zeugnisabschr., Arbeitsproben, sowie Angabe der bisher. Tätigkeit u. der Lohnansprüche an

Fischer & Wittig, Buchdruckerei, Leipzig-R., Teubnerstr. 12.

## NACHSCHNEIDER

der zugleich andrucken kann, in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an

**Neuburg & Wilms, Hamburg 3**

Alter Steinweg Nr. 73.

Wir suchen zum schnellmöglichen Eintritt

## 1 Ia Reproduktions-Photograph, 1 Auto-Ätzer, 1 Strich-Ätzer

welcher auch Auto ätzen kann, sowie

## 1 Positiv-Retuscheur

für Maschinen und technische Gegenstände.

Es kommen nur allererste Kräfte in Frage. Bewerber wollen sich unter Angabe der Lohnforderung, Beifügung von Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermins wenden an

**Klischeefabrik Hodes & Fein, G. m. b. H.**

Köln, Maybachstraße 159.

## Notendrucker

firm im Wischen, Abzümachen und Aussetzen gesucht. Angebote mit Lohnforderung erbelen an  
**Moritz Dreßig, Musikalendruckerei**  
Hamburg 5.

Tüchtigen, zuverlässigen

## Steindruckmaschinenmeister

für Qualitätsdrucke sucht  
**Weszel & Naumann, A.-G., Leipzig**  
Taubchenweg.

## Original-

## „KUMV-Fräser“

anerkannt das beste Werkzeug für die Klicke-Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schneiden. — In allen Größen zu haben.

**Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik**  
Berlin S. 59, Kottbuser Damm 22.  
(Moritzplatz 16611).

Lieferant fast aller großen Firmen und der Reichsdruckerei.